

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1898**

50 (20.2.1898)



# Beilage zu Nr. 50 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 20. Februar 1898.

## Badischer Landtag.

### 39. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Freitag, den 18. Februar 1898.

(Ausführlicher Bericht.)

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr, und Regierungskommissäre.

Präsident Günner eröffnet um 9¼ Uhr die Sitzung. Sekretär Höring verliest die Einläufe: Petitionen der Stadt Neuenburg und der Gemeinde Steinstadt betreffend Herstellung eines Bahnübergangs beim Bahnhof Neuenburg, übergeben vom Abg. Dr. Blankenhorn; eine Petition des Gemeinderaths Eppingen betreffend die Berechtigung der Oberrealschulen.

Die Debatte über Titel XVI des Budgets des Ministeriums des Innern (Für Förderung der Landwirtschaft) wird fortgesetzt.

Abg. Pfefferle konstatiert im Gegensatz zum Abg. Eder, daß man in allen Landestheilen die Förderung der Landwirtschaft wohl bemerkt habe. Die Lehren Liebigs seien jetzt Allgemeingut geworden. Der Regierung sei man für die Förderung Dank schuldig. Sie müßte auf dem betretenen Wege fortfahren. Hoffentlich werde die im Bericht erwähnte Petition für die Ackerbauschule Hochburg im nächsten Etat eingestellt. Redner empfiehlt, diese Ackerbauschule mit den landwirtschaftlichen Winterschulen in der Weise in Verbindung zu setzen, daß begabten Schülern durch Staatsunterstützung der Besuch der Ackerbauschule ermöglicht werde. In Hochburg fehle zur Zeit ein Obituallehrer. Man sollte hierfür um so mehr eine Position einstellen, als gegenwärtig für Augustenburg eine zweite derartige Stelle gefordert werde.

Bezüglich der Reblausgefahr sei wie bisher die Mitwirkung einer besonderen Kommission neben der Volkalkommission wünschenswert. Wenn auch da und dort einige Rebschulen nicht prosperieren, so möge man sich dadurch nicht abhalten lassen, dieselben weiter zu fördern. Die Anregung Schülers, Gemeinden bei Errichtung von Kresofitirungsanstalten zu unterstützen, möchte er befürworten. Das Reichsweinsteuergesetz vom Jahr 1892 habe vollständig versagt. Das Reich müßte ein Kunstweinsteuergesetz schaffen, ähnlich wie wir es in Baden schon haben. 1893 habe man die Kontrolle abgelehnt, weil man unserem Weinhandel nicht ein schlechtes Zeugnis gegenüber dem anderer Staaten ausstellen wollte und weil die Kontrolle nicht für die Großproduzenten geplant war. Durch Artikel 30 des Weinsteuergesetzes könne ohnedies die Regierung jederzeit eine Kontrolle ausüben. Abhilfe sei allerdings schwer zu schaffen, so lange nicht sicher festgestellt werden kann, was Naturwein ist oder nicht. Die Errichtung von Kreditgenossenschaften sei zu befürworten, doch müsse man vorsichtig zu Werke gehen. Die von Schüller empfohlene Errichtung einer Landeskreditanstalt basiere nicht auf der Selbsthilfe und würde viele Geldinstitute schädigen, andererseits aber dem Lande auch nicht viel nützen, ja sogar einen großen Theil der Bürgerschaft vom Staate abhängig machen. Redner empfiehlt die Gründung von Obstblausgenossenschaften, die insbesondere auch der Konservierung des Obstes ihr Augenmerk zuwenden hätten.

Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr: Ueber den traurigen Zustand der Schulgebäude der Ackerbauschule Hochburg habe er sich selbst unterrichtet und sich überzeugt, daß Abhilfe notwendig sei. Wenn trotzdem im diesmaligen Budget noch keine Position dafür eingestellt sei, so sei das nicht nur aus finanziellen Gründen geschehen. Es sei Zweifel darüber vorhanden, ob die gegenwärtige Organisation der Ackerbauschule als endgültige anzusehen sei. Auch der Abg. Pfefferle habe ja den jetzigen Zustand nicht als vollkommen angesehen. Noch ein anderer Grund habe die Regierung zur Zurückhaltung genötigt, nämlich der, daß diese Ackerbauschule dem Domänenfiskus angehört und daß alle Aufwendungen dem letzteren zugute kommen, ohne daß man Ersatz dafür erhalte. Man habe bereits für die Wasserleitung erhebliche Summen ausgegeben. Die Gefahr der Reblaus habe man auch in Baden sehr hoch angeschlagen und er möchte nur davor warnen, die Sache auf die leichte Achsel zu nehmen. Er halte es nur für einen Zufall, daß unser Land bis jetzt davon verschont geblieben sei, während die Nachbarländer, wie Württemberg, die Rheinpfalz und die Schweiz Reblausherde hätten. Möglich sei es übrigens, daß solche auch bei uns schon beständen, weshalb den Reben daraufhin die größte Aufmerksamkeit zu widmen sei. Es sei auch bereits neben der lokalen Kontrolle eine Centralkommission in Thätigkeit gewesen, welche dieses Jahr durch zwei Kommissionen verstärkt werden solle. Was die Rebspähle anbelangt, so sei ja schon erwähnt, daß die Regierung dahingehenden Wünschen volle Beachtung schenke. Die Kunstweinfrage sei ja eine außerordentlich schwierige und habe er es schon in der letzten Sitzung sehr bezweifelt, ob durch Besteuerung geholfen werden könnte. Durch ein Partikularlandesgesetz könne jedenfalls keine Abhilfe geschaffen werden. Hier müßte eine Reichskunstweinsteuer eingeführt werden, doch habe diese wieder ihre Schwierigkeiten, weil in Preußen, das am Weinbau stark beteiligt sei, eine solche noch gar nicht existiere. Der Errichtung einer Landeskreditkassse ständen, wie der Abg. Pfefferle schon betont habe, mancherlei Schwierigkeiten entgegen. Auch der Herr Finanzminister sei bei seinen Erwägungen auf solche gestoßen. Dagegen sei die Frage aufgeworfen, ob man nicht einen genossenschaftlichen Verband gründen und diesen durch Dotation erheblicher Mittel aus der Staatskassse versehen könne, wie im Königreich Bayern. Ueber den Erfolg gingen freilich auch dort die Ansichten noch aus-

einander. Schließlich war die Regierung der Meinung, daß es sich nicht lohnen würde, dem Personalcredit mehr unter die Arme zu greifen. Die Verhandlungen des Sozialen Vereins in Köln hätten auf ihn den Eindruck gemacht, daß in Baden mehr geschehen könne. Er theile übrigens vollständig die Ansicht, daß hier mit großer Vorsicht zu Werke gegangen werden müsse. Er glaube, daß die von ihm schon erwähnten Vorschlässe aus der Amortisationskassse hier Gutes wirken werden. Bezüglich der Absatzgenossenschaften werde er jedem Wunsche, wie schon gesagt, gern entsprechen. Die Regierung habe auch die drei Wingerenossenschaften Hagau, Jmmenstaad und auf der Reichenau reichlich unterstützt und diese haben gute Geschäfte gemacht. Sehr viel könnte noch auf dem Gebiete der Obstblausgenossenschaften erreicht werden. Es sei sehr beklagenswerth, daß gerade in einem für den Obstbau so geeigneten Lande, wie Baden, darin so wenig geschehe und daß so große Summen außer Landes gingen. Die Beispiele Böhms vom vorigen Jahre sollten hier Nachahmung finden. Der Weg der Genossenschaften sei auch hier zu empfehlen und er sei bereit, zu diesem Zwecke mit vollen Händen Unterstützung zu gewähren.

Abg. Giesler: Die Behandlung des landwirtschaftlichen Budgets in diesem Jahr stehe in einem erfreulichen Gegensatz zu den vorhergegangenen dank der guten Ernte und der Staatshilfe. Letztere müsse mit der Selbsthilfe zusammenarbeiten. Bei dem Arbeitermangel auf dem Lande sollte man die Reservisten nicht gerade zur Saat- oder Erntezeit, sondern etwa Mitte Mai einberufen. Er begrüße es mit Freuden, daß die Regierung der Reblausgefahr ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden. Der beste Schutz des Weinbauers sei die richtige Kontrolle des Weinhandels. Wenn eine solche, wie beim Malzsteuergesetz eingeführt wäre, dann würde dies für den badischen Weinbau von großem Nutzen sein. Der Deklarationszwang könne allein den Weinbau schützen. Redner anerkennt die Unterstützung, welche die Regierung den Wingerenossenschaften angedeihen lasse. Die Gründung von Obstblausgenossenschaften wäre sehr zu empfehlen. Die Rebspähle kämen den Bauern billiger zu stehen, wenn die Forstbehörde darauf sehen würde, daß mehr Rebspähle geschlagen und solche in kleineren Quantitäten an die Bauern abgegeben würden. Das neu vorgeschlagene Prämierungssystem halte er für gut. Damit nicht der Besitzer, sondern das Thier prämiert werde, möchte er vorschlagen, daß das Thier jeweils zuerst vorgeführt und dann erst nach dem Namen des Besitzers gefragt werde. Bei dem gegenwärtigen System sei die Gefahr vorhanden, daß einflußreiche Leute bevorzugt werden. Im Budget vermisse er eine Position zur Unterstützung von Gemeinden, die einen Thierarzt anstellen wollen. Ein Hauptmittel zur Förderung der Landwirtschaft sei die Verbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse. Ob nicht in dieser Hinsicht die Umwandlung der Fortbildungsschulen in landwirtschaftliche Fachschulen zu empfehlen wäre? Neben den Winterschulturnen müßten auch, wie in der Schweiz, sogenannte Wanderturse abgehalten werden. Der Bauernverein sei in der letzten Sitzung nicht glimpflich behandelt worden. Der Abg. Binz habe dem Bauernverein politische Nebenzwecke unterworfen. Es heiße aber doch keine Politik treiben, wenn die Mitglieder dieses Vereins auf das königstreue Christenthum verpflichtet werden. Um dem Vorwurf nicht ausgesetzt zu werden, pflege der Bauernverein gerade zu Wahlzeiten keine Versammlungen abzuhalten. Aus den Angriffen der Gegner scheine das böse Gewissen zu sprechen. Die andere Lesart wäre vielleicht richtiger, daß im landwirtschaftlichen Verein mehr Politik gemacht werde, als im Bauernverein. Die Abgeordneten seiner Partei werden in der Regel zu den landwirtschaftlichen Gangeten nicht eingeladen. Mit der »Patria« habe die Vereinsleitung nichts zu thun gehabt. In dem betreffenden Artikel des Vereinsorgans seien die Vortheile der Norddeutschen Hagelversicherung ausdrücklich hervorgehoben und etwa mißverständliche Redensarten über die »Patria« in der folgenden Nummer aufgelärt worden durch den Hinweis auf die Fortschritte der Norddeutschen Hagelversicherung. Die Ausführungen des Ministers gegen den Abg. Schüler seien nicht sehr loyal gewesen — einen stärkeren Ausdruck wolle er nicht brauchen. Ton und Redeweise des Ministers seien auffallend schneidig gegen früher. Die Bauernvereinsmitglieder können sich aber über den Ton schon deswegen trösten, weil der Minister ja auffallenderweise auch von »berühmten« Reservatrechten Bayerns gesprochen habe. Der Minister wäre verpflichtet gewesen, das Verhalten der Oberamtänner sofort zu mißbilligen. (Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr: »Wenn es wahr wäre!«) Gegen die Bauernvereine sei man schon längst vorgegangen. Auch über die Unterstützung des »Landwirtschaftlichen Wochenblattes« habe sich der Minister in einem Tone ausgesprochen, der nur geeignet war, die Zustimmung zu betretender Position zu erschweren und die Bedenken gegen dieselbe zu vermehren. Dazu seien die Beiträge aus der Staatskassse nicht da, daß das Blatt den Mitgliedern des Vereins billiger gestellt werden könne. Das nächstmal werden seine Freunde diesen Posten besonders prüfen; für diesmal wollen sie im allgemeinen Interesse der Landwirtschaft noch dafür stimmen. Dem landwirtschaftlichen Verein wurden auch 2500 M. für den Rechtsschutz seiner Mitglieder zur Verfügung gestellt. Dazu seien aber die Staatsmittel nicht da, daß für private Prozesse Gelder ausgegeben werden. Die ausgeworfenen Gelder sollen allen Landwirthen zugute kommen. Er habe zu § 36 den Antrag gestellt, daß in Zukunft dem landwirtschaftlichen Verein für den Rechtsschutz keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden dürfen.

Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr: Der Herr Vorredner habe seinen anfangs lauten Ton

zu einer ihn überraschenden Schärfe gesteigert und sei darin soweit gegangen, seine Äußerungen nicht nur »schneidig«, sondern sogar »loyal« zu nennen. Demgegenüber erinnere er den Abg. Giesler daran, daß er, Redner, in der letzten Sitzung ausdrücklich gesagt habe, er setze nicht den mindesten Zweifel in die Loyalität des Abg. Schüler, daß es aber in den unteren Kreisen des Bauernvereins anders zugehe, als es der Vereinsleiter wünsche. Die Verantwortung für den »Patria«-Artikel habe er ausdrücklich dem Redakteur zugeschoben. Er stehe mit dem Abg. Schüler auf ganz befreundetem Fuße und verkehre auch mit ihm auf's allerfreundlichste; mit Vergnügen habe er ihn in den Landwirtschaftsrath berufen und er glaube auch, daß er ein Freund des landwirtschaftlichen Vereins sei und daß sein Wunsch dahin gehe, daß jedes Bauernvereinsmitglied auch Mitglied des landwirtschaftlichen Vereins sei. Aber dies halte er freilich für unmöglich wegen der beschränkten Mittel der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Der Abg. Giesler habe ja eine ganze Reihe von Beschwerden vorgebracht, sei sogar als Anwalt der bayerischen Regierung aufgetreten. Im Verträge Bayerns mit dem Reich seien ja wirklich Reservatrechte hinsichtlich der Immobilienversicherung ausgesprochen, auf diese habe er, Redner, hingewiesen. Er habe eine Denkschrift des bayerischen Ministeriums über dessen landwirtschaftliche Thätigkeit geschickt bekommen und daraus ersehen, daß alle Unternehmungen der bayerischen Regierung sich eines erfreulichen Gedeihens rühmen, daß alles viel schneller gehe, wie in Baden. Er habe sich nach dem Grunde dieser Thatsache an zuverlässiger Stelle erkundigt und die Antwort erhalten: In Bayern ginge in dieser Hinsicht alles vortreflich, weil die katholische Geistlichkeit es sich zur Aufgabe gemacht habe, alle diese Unternehmungen der Regierung auf's lebhafteste zu unterstützen und mit rühmenswerthem Eifer dafür eintreten. Wenn der gleiche Zustand einmal im Großherzogthum Baden eintrete, werde er äußerst dankbar sein. Leider aber habe er die Erfahrung machen müssen, daß immer ein geheimer Widerstand gegen seine Bemühungen sich geltend mache. Die Thatsache bleibe bestehen, daß das Bauernvereinsblatt die Vorzüge der »Patria« gepriesen habe und daß dabei die Unrichtigkeit unterlaufen sei, daß keine Abzüge an der Entschädigung erfolgen sollten. Das sei natürlich für die Bauern ein verlockender Gegenstand gewesen, als sie hörten, sie bekämen nichts abgezogen; es wäre das ja auch ein ganz idealer Zustand. Nachher hätten aber viele Ueberlinger Landwirthe erfahren müssen, daß sie nur einen Theil der Entschädigung bekämen. Er sei also dem Redakteur nicht zu nahe getreten. Die entsprechende Demütigung sei ja erfolgt, aber auch erst, nachdem sehr nachdrücklich darauf hingewiesen worden war, daß der Artikel Unrichtigkeiten enthalte. Wunsch der Regierung sei es, daß die ganze landwirtschaftliche Bevölkerung in den landwirtschaftlichen Verein eintrete. Deshalb gebe man auch das Vereinsblatt gratis und normire den Beitrag so gering. Es würde ja alles auch viel besser gehen, wenn nicht daneben der Bauernverein gegründet worden wäre. Der Beitrag für Rechtsschutz sei nur für Konsultationen in Rechtsstreitigkeiten, die sich auf den landwirtschaftlichen Betrieb beziehen, gewährt. Man habe auch dem Verein gegen wucherische Ausbeutung des Volkes einen Beitrag von 1000 M. gegeben, damit er in der Lage war, einen Prozeß gegen die auswärtige Versicherungsgesellschaft »Pan« zu führen, wobei eine Menge Leute theilhaftig waren, die fortwährend Nachschüsse hätten zahlen müssen. Wenn aber das Hohe Haus diese Gelder in anderer Weise verwendet wissen wolle, so habe er nichts dagegen einzumenden. Was die landwirtschaftlichen Feste betreffe, in denen angeblich politische Reden gehalten würden, so gehe er auch in solche und halte auch dort Reden. Seine Reden hätten immer dahin gezielte, daß man die politischen Gegensätze zurückstellen und zusammenhalten müsse im Interesse der Landwirtschaft, gegen eine solche Rede hätte wohl auch der Abg. Giesler nichts einzuwenden. Das wäre derjenige Theil der Rede des Abg. Giesler, wo seine Tonart angefangen hätte, schärfer zu werden. Er komme nun zum friedlichen Theile und könne bezüglich der gewünschten Wanderturse nur sagen, daß solche schon zum Theil gehalten werden und ja noch weiter ausgedehnt werden können. Bezüglich der Entschädigungen der Prämierungskommission bitte er, doch recht vorsichtig zu sein. Nach Redners Dafürhalten seien die, welche keine Prämie erhielten, immer unzufrieden, die andern aber, welche Preise bekamen, fänden alles sehr schön. Wenn der Herr Vorredner es table, daß er die Oberamtänner in Schutz nehme, so könne man ihn das nicht verübeln. Er, Giesler, habe übrigens nur gesagt, »wenn sie solche Mittel anwenden« — ja, aber ob sie sie angewandt haben, das müsse man erst abwarten. Er werde das Hohe Haus, wenn ihm die Antworten zugegangen seien, in Kenntniß setzen. Was die Fortbildungsschulen anlange, so sei es ja Absicht, diese in ländliche oder gewerbliche Unterrichtsschulen umzuwandeln. Die vom Vorredner vermehrte Position für Thierärzte befände sich auf Seite 11 des Budgets, wo zu lesen sei, daß 6000 M. für Ärzte und 12000 für Thierärzte ausgesetzt seien. Er könne versichern, daß davon kein Pfennig übrig bleibe. Was die Wingerenossenschaften betreffe, so existire eine solche auch in Badstein im Taubergrund und gedeihe recht fröhlich und werde von der Regierung unterstützt. Hinsichtlich der Reservistenübungen frage das Generalkommando in außerordentlich loyaler Weise in jedem Jahre beim Ministerium an, welche Wünsche vorhanden seien. Die Sache habe aber wegen des Gegenfases von Schwarzwald und Rheinebene ihre Schwierigkeiten. Der Bauernverein habe sich auch an das Generalkommando gewandt und also keine Neigung, sich zuvor an das Ministerium zu wenden, welches sonst auch



seine Wünsche beim Generalkommando unterstützt hätte. Er habe sich damit getrübt, daß auf jener Seite des Hauses nichts gegen seine Verwaltung gesagt worden sei und daß man seine landwirtschaftliche Verwaltung anerkenne. Er hoffe, daß man es ihn nicht entgelten lassen werde, wenn man in den Verfassungsfragen nicht einig sei. Hier könne man einig sein und bleiben!

Präsident Gönner: Er sei der Meinung, daß der Abg. Gieseler mit dem Ausdruck »illoyal« ein objektives Urtheil über den Herrn Minister habe aussprechen wollen; sollte derselbe es jedoch subjektiv gemeint und also dem Herrn Minister eine illoyale Absicht haben unterstellen wollen, so müsse er den Ausdruck »illoyal« als unzulässig rügen.

Abg. Gieseler: Er habe das nicht persönlich gemeint, sondern nur sagen wollen, daß die Antwort des Herrn Ministers nicht in loyalen Verhältnissen zur Rede des Abg. Schüler stehe.

Abg. Wampel: Als Vertreter eines Pfälzer Bezirks wolle er zum Artikel »Tabakbau« Einiges bemerken, der jetzt auf eine sehr niedere Stufe gerathen sei infolge Einführung der Tabaksteuer. Der Wohlstand der Pfalz stehe und falle mit dem Tabak. Die Preise seien niedriger und der Zollschuß geringer. Die Regierung möge im Bundesrath auf höhere Zölle hinwirken. Bei der Neueinschätzung der Gebäude möchten auch die leerstehenden berücksichtigt werden. Während Handel und Industrie blühen, sei die Landwirtschaft im Niedergang begriffen. Die kleinen Mittel — ein solches wäre auch die Aufhebung der Fleischzölle — begrüße er, doch helfen sie wenig. Es müssen Gewaltmittel angewendet werden, vor allem durch Schutzzölle. Er wäre auch für den Antrag Kanitz. Die landwirtschaftlichen Winterschulen leisten Ersprießliches; er begrüße es, daß sie von der Regierung so lebhaft unterstützt werden. Redner bittet, bei Errichtung neuer Schulen auch Redargemünd zu berücksichtigen, das von Jahr zu Jahr zurückgehe. Für die Viehverversicherung sollten mehr Mittel eingestellt werden.

Abg. Blattmann plädirt für Gründung von Wasserungs-gemeinschaften. Dadurch, daß viele Wiesen trocken liegen, erleide die Landwirtschaft großen Schaden. Die Regierung möchte die darauf gerichteten Bestrebungen unterstützen. Redner beklagt den Mangel an Dienstboten auf dem Lande. Die Dienstboten halten auch nicht mehr so lange bei einer Herrschaft aus wie früher und die Bauern suchen einander die tüchtigen Dienstboten wegzuzucken. Redner bespricht noch die Zustände auf Hochburg und macht Bemerkungen über das »Landwirtschaftliche Wochenblatt« und wird hierbei von mehreren Abgeordneten unterbrochen.

Präsident Gönner bemerkt, er sei wegen der herrschenden Unruhe nicht im Stande, den Ausführungen des Redners zu folgen.

Abg. Klein: Wenn auch der Antrag Kanitz, der doch in der Bevölkerung sehr lebhaft debattirt wurde, von vielen als unannehmbar bezeichnet sei, so habe man doch andererseits die Freude gehabt, daß der börsenmäßige Terminhandel verboten worden sei. Ein anderer lebhafter Wunsch der landwirtschaftlichen Bevölkerung sei die Aufhebung der Zollkredite. Er bitte die Großh. Regierung, auch ihrerseits dahin wirken zu wollen, daß endlich einmal dieser Zustand beseitigt werde. Wenn es auch noch eine Reihe von Jahren dauere, bis die Handelsvertragsfrage aktuell werde, so sei es doch nöthig, schon jetzt darüber zu sprechen. Man wisse, daß man schon die Vorbereitungen für die Zeit der Erneuerung getroffen habe. Die Landwirthe theilen sich hinsichtlich der Regelung der Handelsbeziehungen in zwei Gruppen. Die einen wollen den autonomen Tarif, der ja recht schön sei, wenn man die Zölle bestimmen könnte, wie man wolle. Die anderen wollen die Handelsverträge. Die badische Landwirtschaft siehe auf dem letzteren Standpunkt; ein autonomer Tarif würde den Zollkrieg in Permanenz erklären. Als Anhänger der Verträge halten sie es für nöthig, daß die Handelsverträge schon jetzt vorbereitet werden. Bereits habe die Reichsregierung einen wirtschaftlichen Ausschuss eingesetzt. Die Vorbereitung sei auch notwendig, weil der Reichstag an den Handelsverträgen nichts ändern, sondern sie nur annehmen oder ablehnen könne. Die Statistik über die Menge des erbautes Getreides und die Preise müsse fleißig durchgeprüft und die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen müssen gehört werden, damit das erforderliche Material für die Beurtheilung vorliege. Die Landwirtschaft stelle keine ungemessenen Forderungen und ererne auch die Interessen und die Bedeutung der Industrie an. Allein der Export habe auch seine Grenzen und die Industrie müsse auch bedenken, daß sie an einer kaufkräftigen Landwirtschaft ein Interesse habe. Vortheilhafter als in der Norddeutschen Hagelversicherung könnten unsere Landwirthe sich nicht versichern. Bei ihr sei die billigste Gelegenheit, zu versichern, weil die Reservefonds des landwirtschaftlichen Vereins theilweise zur Zahlung von Nachschußprämien benutzt werden. Bezüglich der Einführung des landwirtschaftlichen Unterrichts in den Fortbildungsschulen müsse er darauf hinweisen, daß der Abg. Dreher diese Frage in mehreren Landtagen behandelt habe, ehe sie noch von der anderen Seite erörtert war. Die Frage der Getreideabgabengesellschaften sei noch nicht spruchreif. Es stellen sich ihnen, namentlich in Händlerkreisen, große Schwierigkeiten entgegen. Die Militärverwaltung solle mit den Preisen bei Getreideankäufen nicht so zurückhaltend sein. Was das landwirtschaftliche Wochenblatt betreffe, so sei von den Gegnern verlangt worden, daß man es zum Druck ausschreibe. Die Folge sei, daß jetzt ein paar tausend Mark mehr bezahlt werden müssen. Die Maul- und Klauenseuche sei eine große Kalamität. Auch er wünsche, daß die Ausstellung der Gesundheitsheime möglichst erleichtert werde. Zur Bekämpfung der Seuche gebe es zwei Mittel: entweder Sperre der Grenzen, die nicht immer durchführbar sei, oder eine gleichmäßige und einheitlich straff durchgeführte Seuchenkontrolle in allen Bundesstaaten. Er möchte sodann auch ein Wort für die Händler einlegen, auf die man immer mit so großer Strenge herabsieht. Dieselben seien eben einmal absolut notwendig, ohne sie leidet der ganze Handel noth. Alle Maßnahmen gegen die Seuche helfen nichts, wenn in Bayern und Württemberg die Gesetze nicht strenger gehandhabt würden. Bezüglich der Kreditverhältnisse glaube er, daß Baden ebenso gute Zustände

habe wie Baiern. Wenn die Regierung zu billigen Zins-sätze Geld aus der Amortisationskasse leihe, so werde das nur dankbar zu begrüßen sein. Was die Viehprämierung betreffe, so werde ein parteiliches Vorgehen nicht immer zu vermeiden sein. Daß übrigens die Mitglieder des Bauernvereins bei Prämierungen zurückgesetzt würden, könne er nicht behaupten; er wisse sogar aus seiner Gegenb, daß der Vorstand des Bauernvereins den ersten Preis bekommen und Niemand Anstoß daran genommen habe. Ueber derartige Vorkommnisse, wie sie bemängelt worden seien, solle man doch nicht vergessen, daß durch die Prämierung die Viehzucht gehoben und Großes erreicht worden sei. Ueber das Verhältnis des Bauernvereins und des landwirtschaftlichen Vereins müsse er sagen, daß der landwirtschaftliche Verein keine feindliche Absicht habe, wenn er es auch für wünschenswerther halte, daß nur ein Verein bestehe. Eine Annäherung könnte stattfinden. Man könnte in landwirtschaftlichen Fragen viribus unitis vorgehen. Er dürfe im Namen der Landwirthe der Regierung den Dank aussprechen für die energische, zielbewusste und eifrige Hilfe. Der Dank gebühre vor allem dem Manne, der an der Spitze der Verwaltung stehe. Wo Minister Eisenlohr sich seine Kenntnisse geholt habe, wisse er nicht, aber er verfüge in landwirtschaftlichen Fragen über ein hervorragendes Verständnis und noch nie habe er der Landwirtschaft seine Hilfe versagt. Mit seinem Dank verbinde er den Wunsch, daß der Minister Eisenlohr noch lange seine segensreiche Thätigkeit ausüben möge.

Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr: Er fühle sich dem Herrn Vorredner für seine freundlichen Worte sehr verbunden. Der Herr Vorredner sei auf das Gebiet der »großen Mittel«, die zukünftigen Handelsverträge, zu sprechen gekommen, ein Gebiet, auf welches er, Redner, ihm nicht folgen möchte. Es sei dies eine sehr schwierige Materie, über welche zu verhandeln nicht Sache des badischen Landtages, sondern des Reichstages sei. Er werde aber bemüht sein, dafür zu sorgen, daß die jetzt angustellenden Erhebungen mit aller Sorgfalt zur Ausführung kommen, und dabei rechne er auf den Beistand der Organe der Landwirtschaft. Auch die Frage des Zollkredits sei eine sehr difficile. Man werde wohl zu bedenken haben, wenn man die Zollkredite für das Getreide abschaffen wolle, ob dieselben dann nicht allgemein abgeschafft werden müssen. Bei Prüfung dieser Frage werde man nicht außer Acht lassen dürfen, ob man durch Abschaffung der Zollkredite nicht wieder auf anderen Gebieten, wie Schiffahrt und Handel, eine große Schädigung anrichte. Es scheine ihm also hier große Vorsicht geboten. Auch diese Frage könne übrigens nur im Centralpunkt des Reiches zur Lösung gebracht werden. Der Herr Vorredner sei dann wieder auf das leidige Thema der Maul- und Klauenseuche zu sprechen gekommen. Er (Redner) habe mit großem Interesse die in Berlin über dieses Thema gepflogenen Verhandlungen gelesen und zu seiner Befriedigung gehört, daß man auch seitens der Wissenschaft bemüht sei, den Bacillus jener Seuche zu entdecken. Vor der Hand müsse man sich aber hier noch mit Polizeimaßregeln behelfen. Die allgemeinen, von den Herren immer wieder vorgebrachten Klagen, man solle milde verfahren und Rücksicht auf die Händler nehmen, könnten nichts helfen. Dagegen sei er den Herren sehr dankbar, wenn sie ihm einmal konkrete Vorschläge machen und sagen wollten, der und jener Paragraph ginge zu weit u. dergl. Die allgemeinen Klagen aber könnten nur dazu beitragen, die Mißstimmung mancher Kreise zu vergrößern. Sehr zu bedauern sei es ja, daß der Vollzug des Gesetzes in den einzelnen Bundesstaaten ein verschiedener sei. Es müsse einen schlimmen Eindruck machen, wenn man in Württemberg z. B. die Strenge der badischen Regierung zu fühlen habe und ginge dann nach Bayern, wo das Gesetz laxer gehandhabt würde. Daran sei aber nichts zu ändern. Man lebe eben in einem Bundesstaat und jede Einzelregierung handle, wie sie es für gut befindet. Schlecht aber seien wir mit unserer Strenge nicht gefahren. Nach einem siebenjährigen Durchschnitt waren von 10 000 Rindern im Deutschen Reich an Maul- und Klauenseuche krank 308, in Baden 254, in Württemberg 447. Man sei also mit Strenge besser zum Ziele gekommen. Daß es unmöglich sei, die Seuche ganz zu vermeiden, scheine ihm erwiesen zu sein; die Händler schleppten sie eben immer auf's neue herein. Eine gleichmäßige Handhabung des Gesetzes in allen Bundesstaaten wäre sehr zu wünschen. Bezüglich der Gesundheitsheime sei ja eine gewisse Beruhigung eingetreten. Denn seines Wissens zahlten die Bauern dafür gegenwärtig gar keine Gebühren mehr und die der Händler seien sehr heruntergesetzt. Man habe auch eingesehen, daß die Regierung alle mögliche Rücksicht nehme. Daß die Schäden ganz enorme seien, wisse jeder; jeder solle aber auch zur Beseitigung derselben beitragen. Leider käme nicht jeder Fall zur Anzeige. Auch bei uns gäbe es genug Leute, die meinen, das Beste, was sie thun könnten, sei, die Sache zu verheimlichen, und die dadurch bei dem mitunter sehr gefährlichen Charakter der Seuche schweren Schaden über ganze Gemeinden bringen.

Abg. Pfisterer: Auch er sei für den Antrag Kanitz und für höhere Zölle. Es sei gut, daß der Terminhandel aufgehoben sei. Rosenberg und Cohn in Berlin können jetzt den Preis nicht mehr bestimmen. Der Körnerbau bilde stets das Rückgrat der Landwirtschaft. Ein Schaden für die Landwirtschaft seien auch die kapitalistischen Vereinigungen. Vor zwei Jahren habe ein Tabakrieg die Stadt Heidesheim um 60 000 M. geschädigt. Damals habe der Tabak nur 18 M. gegolten; nach Sprengung des Rings sei der Preis um 6 M. gestiegen. So werde durch das Großkapital der Bauernstand geschädigt. Die Tabaksteuer ruiniere die Bauern; viele Höfe stehen leer oder man sehe orientalische Gesichter herausgucken. Wenn man Grund-, Gewerbe- und Kapitalsteuer bezahle, zu was brauche man dann noch eine Tabaksteuer? Die Oberwälder beschwerten sich, daß der Schälwaldbetrieb nicht mehr rentire. Die armen Leute ziehen weg nach Frankfurt und Darmstadt, so daß Mangel an ländlichen Arbeitern herrsche. Man solle höhere Zölle auf ausländische Rinde legen. Desterreich und Amerika können ohnehin nach zehn Jahren infolge der steigenden Bevölkerung nicht mehr exportiren. Von der Zwangshagel- und Viehverversicherung wolle der Bauer nichts

wissen. Die Landwirtschaftslehrer empfehlen oft praktisch Unbrauchbares. Man könne wohl sagen: So und so viel Thomasknochenphosphat gehöre auf diesen oder jenen Acker, wenn aber ein Regen komme, dann höre alle Kunst auf und die künstlichen Dünger seien dann wirkungslos. Er sage, man müsse »z'Ackere« können. Redner tabelt die Masseneinfuhr von fränkischem Vieh und hofft von der Regierung das Beste zum Wohle der Landwirtschaft.

Abg. Pflüger: Von einzelnen Rednern seien Wünsche ausgesprochen worden, die gegen das allgemeine Interesse verstoßen. Geldreich habe höhere Zölle auf ausländische Rinde gewünscht. Die Erhöhung der Zölle würde aber die deutsche Lederindustrie, die auf einer ungeahnten Höhe stehe, schwer schädigen. Diese bedarf jährlich für 16 Millionen Mark Loh, während der deutsche Schälwald nur für sieben Millionen Mark liefert. Dazu seien noch für 15 Millionen Mark sonstige exotische Gerbstoffe notwendig. Er erinnere daran, daß seinerzeit, als der Antrag auf Erhöhung der Zölle auf Quebrachholz im Reichstag gestellt wurde, die größte süd-deutsche Gerberei Miene machte, sich in Antwerpen anzusiedeln. Was die Weinfrage betreffe, so habe neulich Staatssekretär v. Posadowsky gesagt, daß, wenn die Weinschmiederei unmöglich gemacht werden will, sämtliche Weinstöcker unter Kontrolle gestellt werden müßten. Seine eigenen stehen unter Kontrolle; wer diese aber durchgemacht habe, werde sie nicht allgemein einführen wollen. Das Zucker könne man, namentlich in schlechten Jahrgängen, nicht verbieten (Abg. Geldreich: »Das hat auch Niemand verlangt!« — Abg. Schüler: »Nur Deklaration!«) Die Aufhebung des Terminhandels sei ein Unglück für das Reich (Mufe: »Dho!«). Jetzt habe man gar keine festen Preise mehr. Seit dem Verbot des Terminhandels sei bei uns der Weizen nur um 3 Mark gestiegen, im Ausland dagegen um 20 bis 60 Mark. Wie der Abg. Klein die Aufhebung der Zollkredite verlangen könne, sei ihm unbegreiflich. Es mache ja nur 1 1/4 Pfennig pro Doppelcentner aus. Eine Landeskreditkasse sei unnöthig; der Zinsfuß sei heute bei allen Kassen niedriger als je zuvor. Wie sollte sie übrigens verwalten werden? Schon aus politischen Gründen wäre er dagegen. Er sei überrascht über die großen Summen, die heute zur Förderung der Landwirtschaft verwendet würden. Die in's Budget eingestellte Summe mache den dritten Teil der Grundsteuer aus. Man könne also nicht sagen, daß für die Landwirtschaft in Baden nicht alles geschehe. Er werde mit seinen Freunden mit Vergnügen für die Forderungen stimmen.

Abg. Schmid: Als Landwirtschaftslehrer wolle er keinen Kathedervortrag halten. Vor allem danke er der Regierung und der Budgetkommission für das bewiesene Wohlwollen. Der Rückgang des Preises der Schälrinde sei bedauerlich; einer Zollerhöhung würde er gerne beistimmen; andererseits aber lasse er sich durch die Ausführungen Pflügers belehren, vielleicht lasse sich ein goldener Mittelweg finden in Form einer mäßigen Erhöhung der Zölle. Weit den im Budget eingestellten Mitteln könne man vieles erreichen. Die Vorkontrollthätigkeit sei dazu bestimmt, die Kluft zwischen Theorie und Praxis zu überbrücken. Hinsichtlich der Viehzucht sei man namentlich im Hinterland schon recht wader vorangeschritten. Mit Unterstützung des Staates sollten dort noch mehr Viehweiden errichtet werden. Redner freut sich, daß die landwirtschaftlichen Winterschulen von allen Seiten eine solch günstige Beurtheilung gefunden haben. Der Abg. Pfisterer habe seine Aengstlichkeit über die Landwirtschaftslehrer wohl nicht so ernst gemeint, sonst wäre er bereit, ihm zu zeigen, daß er auch z'Ackern verstehe. Wünschenswerth sei die Empfehlung der Schulen durch Geistliche und Lehrer. Die ländlichen Kreditvereine haben sehr wichtige Aufgaben. Durch sie werde sehr kräftig dem Wucher entgegengebeitet. Erwägenswerth sei der Gedanke, ob nicht die Amortisationskasse als Geldausgleichstelle den Kreditgenossenschaften zur Verfügung gestellt werden könne. In Baden kommen jetzt 4,3 Gemeinden auf eine Kreditgenossenschaft. Bei der Errichtung solcher Genossenschaften sei große Vorsicht in der Auswahl der leitenden Personen am Platze. Redner schlägt vor, weil noch 17 Redner vorgemerkt sind, die Sitzung abzubrechen. Da der Minister morgen verhindert sei, so könne die Berathung über dieses Budget erst in der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Schluß der Sitzung 1 1/4 Uhr.

#### 40. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Samstag, den 19. Februar 1898. (Vorläufiger Bericht.)

Der Gesetzesentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 3. Februar 1868, die Rechtsverhältnisse der Dienstboten betr., wurde an eine besondere Kommission verwiesen.

Abg. Dr. Reichardt berichtet über die Petition der Gerichtsvollzieher um Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse u. beantragt namens der Petitionskommission, die Bitte der Großherzoglichen Regierung empfehlend in dem Sinne zu überweisen:

»Es möge eine Aenderung der diesen Beamten ungünstigen Bestimmungen des Beamtengesetzes in der Weise herbeigeführt werden:

a. daß das reine Einkommen der Gerichtsvollzieher bis auf den vollen Betrag des Einkommensanschlages aufgebessert werden kann, wobei für allgemeine Dienstklassen 10 Prozent in Abzug zu bringen sind;

b. daß den Gerichtsvollziehern im Falle einer unverschuldeten Dienstunterbrechung eine Entschädigung im Verhältnis zu ihrem Einkommensanschlag aus der Staatskasse, entsprechend den übrigen Beamten, gewährt werde.«

Da gegen Ende der Sitzung das Haus beschlußunfähig ist, wird die Beschlußfassung bis zur nächsten Sitzung, die am Mittwoch, den 23. Februar, Nachmittags 4 Uhr, stattfindet, ausgesetzt. An der Debatte beteiligten sich Ministerialrath Dr. Treßler und die Abgg. Krichle, Benedy, Armbruster, Flüge, Dr. Vinz, Schmid, Hug und Frhr. v. Stöckhorner.